

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Der Volksfreund. 1901-1932 1922**

115 (18.5.1922)

# VOLKSFREUND

## Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens

Bezugspreis: Durch unsere Träger zugestellt 23 M mit Zustellgebühr; nach die Post bezogen 25 M; in der Geschäftsstelle und bei untern Karlsruhern Abgaben abgeholt 20 M monatlich. — Einzelnummern 1 M.

Ausgabe: Werktags mittags. Geschäftsstelle u. Redaktion: Luisenstr. 24. Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 128; Redaktion Nr. 481.

Anzeigen: Die einspaltige Kolonelleiste 3.40 M, auswärts 4.— M. Die Reklamezeile 15.— M; bei Wiederholungen Rabatt nach Tarif. — Annahmeschluss 8 Uhr vormittags, für größere Aufträge nachmittags zuvor.

### Genua

#### Die Antwort Amerikas

Genua, 16. Mai. Der amerikanische Botschafter Child Vereichte heute dem Minister Schanzer als Antwort auf die Einladung Amerikas zur Teilnahme an der Haager Konferenz eine Note, der zufolge die amerikanische Regierung zwar in jeder irgendwie tunlichen Weise an dem Studium der wirtschaftlichen Verhältnisse mitwirken will und noch einmal die Freundschaft für das russische Volk und das lebhafteste Interesse Amerikas an allen Maßnahmen zur Wiederherstellung des wirtschaftlichen Lebens Russlands ausdrückt, jedoch nicht zu dem Schluss kommen kann, daß die amerikanische Regierung in entsprechender Weise an der Haager Konferenz teilnehmen kann, da diese Konferenz offenbar eine Fortsetzung der Genuefer Konferenz unter anderem Namen sein würde und der Natur der Dinge nach in gleicher Weise auf die gleichen Schwierigkeiten treffen würde, falls die in dem russischen Memorandum vom 11. Mai eingenommene Haltung unverändert bleibe. Die unabweisliche und letzten Endes entscheidende Frage sei offenbar die Wiederherstellung der Produktionsfähigkeit Russlands, wozu die wesentlichen Vorbedingungen noch geschaffen und der Natur der Dinge nach innerhalb Russlands selbst geschaffen werden müßten. Inwiefern sei Amerika stets bereit, an einer Sachverständigen-Kommission über die wirtschaftliche Lage Russlands und die Mittel zu ihrer Besserung teilzunehmen, die sich mit den wirtschaftlichen Vorbedingungen einer Wiederherstellung der Produktionsfähigkeit Russlands beschäftigen müsse, ohne welche offensichtlich keine gesunde Basis für Kredite fehlen würde. Amerika sei durchaus bereit, allen Vorschlägen der Genuefer Konferenz oder einer späteren Konferenz ernsthafte Beachtung zu schenken, glaube jedoch, daß die gegenwärtig vorliegenden Anregungen angeht, des Wortlauts des russischen Memorandums nicht sehr bestimmt seien, um der amerikanischen Regierung zu ermöglichen, ihre Hand zu dem vorgeschlagenen Konferenzplan zu bieten.

#### Die Sitzung vom Dienstag nachmittag

Genua, 17. Mai. (Spezialbericht des R.V.) Gestern nachmittag fand im Palazzo Reale eine Sitzung der einladenden Mächte statt, in der zuerst die Frage Litauens und dann die Frage Estlands besprochen wurde. Lord George erklärte, er sei der Ansicht, daß diese Fragen, wenn auch nicht sofort, so doch für die Zukunft große Gefahren in sich bergen würden. Die begrenzte „Treuga Dei“ biete nur für drei Monate Schutz. Dann würden jene Fragen wieder akut werden. Er hoffe aber, daß der Völkerbund sich dieser Fragen annehmen werde. Herriot erklärte sich damit einverstanden. Dem Völkerbund überwiegen wurde der Wunsch Ungarns und Bulgariens, in der Wiederherstellungsfrage Erklärungen abzugeben, sowie die von Bulgarien angebrachte Frage eines Hafens am Ägäischen Meer und die Frage, der Bekämpfung der Epidemien und des Hungers. Die Konferenz soll das Note Kreuz als europäisches Organ zur Bekämpfung der Epidemien und des Hungers anerkennen. Um der russischen Delegation zu einer Beantwortung der Vorschläge Zeit zu lassen, sah man von einer Festsetzung des Tages für die letzte Plenarsitzung ab. Im allgemeinen rechnet man mit dem Samstag als Schlußtag der Konferenz. Die englische Delegation sieht die amerikanische Antwort nicht als Ablehnung an, glaubt vielmehr, daß der dritte Absatz der Antwortnote eine Tür zu Verhandlungen offen läßt. Sie wird deshalb bereits in der heutigen Sitzung der Unterkommission die Vorbereitung einer Antwort an die amerikanische Regierung beschließen.

#### Die Russen nehmen an

Genua, 17. Mai. In der heutigen Vormittagsitzung der Mächte mit den Russen erklärte der Führer der russischen

Delegation, Tschitscherin, daß seine Regierung den Konferenzvorschlag der Westmächte annehme; sie protestiere jedoch gegen den Ausschluß Deutschlands von den Beratungen und sie wünsche, daß Stockholm, Riga oder London als Konferenzort gewählt werde; sie wünsche ferner, daß das Friedensabkommen auf alle Sowjetrepubliken ausgedehnt werde, und daß die irregulären Verbände in Finnland, in Polen und in Rumänien aufgelöst werden. In seiner Antwort erklärte Lord George, daß der Ausschluß Deutschlands aus den Verhandlungen berechtigt sei. Wenn auf der Konferenz ein Übereinkommen erreicht würde, so solle Deutschland von der Mitarbeit am Wiederaufbau Russlands nicht ausgeschlossen werden. Eine weitere Sitzung wurde auf heute nachmittags anberaumt.

#### Rückreise des Reichskanzlers

Wie mehrere Blätter mitteilen, wird Reichskanzler Dr. Wirth entgegen seiner ursprünglichen Absicht auf der Rückreise von Genua in München keinen Aufenthalt nehmen. Einem dringenden Wunsch der in Berlin weilenden Kabinettsmitglieder und Parteiführer entsprechend, wird sich der Reichskanzler direkt nach Berlin begeben. Am Dienstag wird er im Kabinett und in einer Verammlung der Parteiführer über den Verlauf und das Ergebnis der Genuefer Konferenz Bericht erstatten.

#### Protest rheinischer Abgeordneter an die Genuefer Konferenz

Die Reichstagsabgeordneten der rheinischen Wahlkreise Düsseldorf Ost und West sandten ein Telegramm über die Frage der Aushebung der Besetzung von Düsseldorf, Duisburg und Ruhrort an die Genuefer Konferenz. Diese Städte seien ohne Rechtsgrundlage in Widerspruch zum Versailler Vertrag, dem Rheinlandsabkommen und dem Völkerrecht durch französische und belgische Truppen besetzt worden. Nachdem alle diplomatischen Vorstellungen vergeblich waren, erließen die Reichstagsabgeordneten der betroffenen Wahlkreise die Genuefer Konferenz und alle friedliebenden Völker, für sofortige Aufhebung der rechtswidrigen Besetzung der drei rheinischen Städte einzutreten. Außer den unabhängigen Sozialdemokraten stimmten alle anderen Parteien einmütig für die Kundgebung.

#### Eine Niederlage der englischen Regierung

London, 17. Mai. Im Unterhaus erließ die Regierung mit 148 gegen 151 Stimmen bei der Abstimmung über einen die Lehren von den Erfahrungen des Weltkrieges betreffend den Gehalt der Ernennungskommission eine Niederlage. Die Mitglieder der Arbeiterpartei, die unabhängigen Liberalen und viele Anhänger der Regierungspartei stimmten gegen die Regierung und nahmen einen Beschluß auf Vertagung der Debatte an.

Die Blätter erwarten nicht, daß die Regierung wegen der gestrigen Niederlage im Unterhaus zurücktreten werde. „Daily Chronicle“ zufolge, stimmten etwa die Hälfte der Unionisten (Unbeugsame) gegen die Regierung, etwa 20 Koalitionliberale (Unbeugsame) dagegen für diese; etwa 100 Mitglieder verschiedener Parteien enthielten sich der Abstimmung. Dem politischen Berichterstatter der „Westminster Gazette“ zufolge, lasse die gestrige Niederlage der Regierung darauf schließen, daß die unzufriedenen Elemente in der Koalition eine weitere Entschärfung finden werden, um mit der Opposition gegen die Regierung zu stimmen, da innerhalb der Koalition großer Neizer gegen Irland herrsche.

### Zur Schuldebatte im Badischen Landtag

Von S. Grünbaum, Karlsruhe

In der verhältnismäßig kurzen Zeit seines Bestehens hat das systematische Schulwesen als allgemeine Staatsanordnung eine starke Wandlung und fortgesetzte Erweiterung erfahren. Nach dem dreißigjährigen Krieg suchte einsehend, beruhte der meist von ausgedienten Soldaten gegebene Volksschulunterricht — für die geistigen Verhältnisse der Sache anders — auf sehr primitiver Grundlage. In der Hauptsache handelte es sich darum, den Kindern jenes Mindestmaß an allerersteren Kenntnissen zu geben, das in einer Gesellschaft unentbehrlich, der Schriftzeichen und Notenkunst natürliche Grundlagen sind. Das beginnende Industriezeitalter stellte jedoch erweiterte Anforderungen. Eine Ausdehnung der Wissensvermittlung in der Volksschule war notwendig. Der Unterricht wurde obligatorisch, seine Grenzen immer höher gesteckt. Zur Wissensvermittlung trat eine Wissensvertiefung. Vor allem gestellte sich jedoch dem Zweck der Kenntnisübertragung der Erziehungszweck bei. Das Leben spielte sich nicht mehr wie einst in der Familie ab. Neben Elternhaus mußte die Schule als Mütterlicherin treten. Die Schule wurde die Grundlage des werdenden Menschen, um dessen Seele gleichzeitig der Staat durch Ausbildungseinwirkung rang. Aufgabe der heutigen Zeit ist es nun, all diese Schulaufgaben harmonisch zu vereinen, sie der heutigen Jugend zum lebenden Duell zu machen und der Gegenwart anzupassen. Gutes gründliches Wissen und klare Erkenntnisbildung, tüchtiges Menschentum und ritterlichen Geist, Freude an den volkstümlichen Institutionen der demokratischen Republik und völkerverbindenden Geist, Liebe zum Staat und Gemeinwohl zu schaffen, muß Aufgabe der Schule werden. Das Mittel hierzu liegt in der Einheitschule, die organisatorisch und inhaltlich auszubauen unserer Zeit obliegt. Die Redner der sozialdemokratischen Fraktion haben hierzu in der Landtagsdebatte wertvolle Anregungen. Ein frischer Geist muß dabei allerdings unsere Schulen durchziehen. Verwaltungskunst allein, deren Besitz sich der Unterrichtsminister in der Beratung so sehr bemühte, dürfte nicht ausreichen. Hierzu ist schon Initiative und Energie nötig — selbst auf die Gefahr hin, die Gegnerschaft verbortter Schulhilister zu finden.

Verbesserung der Volksschule bedingt auch Verbesserung der Lehrerausbildung. Die heutige Seminarbildung ist unhaltbar geworden. Darüber besteht nirgends mehr ein Zweifel. Neue Ausbildungsformen ringen deshalb nach Gestalt. Eine demnächst herauskommende Denkschrift der badischen Regierung wird zu dieser Frage zahlreiches Material beibringen. Die akademische Ausbildung der Volksschullehrer scheint sichergestellt. Doch die Ausbildungsart und die Studiengänge bleiben offen. Vor allem ist jedoch die finanzielle Seite ungeklärt. Die Finanzminister zwingt Einzelindividuum und Staat zur größtmöglichen Sparsamkeit. Die Sozialdemokratie unterstützt alle Forderungen, um einen qualifizierten Volksschullehrerstand heranzuziehen. Sie weiß, welche Bedeutung diesem Verufe zukommt. Deshalb verlangt sie, daß die Lehrerausbildung so beschaffen wird, daß der Lehrer sozial und menschlich im Konnex mit dem Geist seiner Schulkinder zu bleiben vermag, daß ihm die Beziehungen zu allen Volksschichten natürlich und daß er Freude auch an der Uebermittlung der elementarsten Kenntnisse hat und daß der Lehrerstand seiner Zusammengehörigkeit nach mit dem Volke unbedingt verbunden sein muß. Es wird deshalb der nächsten Zukunft die Aufgabe gestellt, die Ausbildung der Lehrer im Benehmen mit deren legitimeren Vertretern einer alle Teile befriedigenden und den Ansprüchen unserer Zeit und ihren Anforderungen entsprechenden Lösung entgegenzuführen.

Neben eingehender Würdigung des weitverzweigten Fachschulwesens, Jugendfragen aller Art und Stellungnahme zur Wander- und Sportbewegung wurde im Landtag auch bei der Erörterung der höheren Lehranstalten die Frage der deutschen Oberschule behandelt. Es handelt sich hier um eine Schulgestaltung, bei der im Gegensatz zu den Ansprüchen und Fremdworten Deutsch den Kardinalmittelpunkt bilden soll. Einzelne deutsche Länder sind daran, hierin einen Versuch zu machen. Baden wartet das Resultat dieser Versuche ab. Mit Recht. Jrgend eine Präjudizierung liegt darin jedoch nicht. Denn fallen die Ergebnisse der deutschen Oberschule günstig aus, so muß auch Baden dazu positive Stellung nehmen und nach passender Synthese suchen.

Einen starken Raum nahmen in der Staatsberatung vor allem die Hochschuldebatten ein. Sowohl in bezuglicher wie allgemeiner Hinsicht. Der Fall Kantorowicz, v. Delow, der die Doppeltätigkeit des Senats der Freiburger Universität drastisch illustrierte, hallte stark nach. Hieran konnten auch die bürokratischen Darlegungen des Unterrichtsministers Dr. Summel nichts ändern, an denen es, wie der „Badische Beobachter“ schreibt, „immerhin verhängnisvoll war“, daß sie „die Zustimmung der Deutschenationalen“ fanden. In allgemeiner Hinsicht mußte wie immer auch diesmal auf die Oppositionsstellung der Hochschulen zum deutschen Volksstaat hingewiesen werden. Auf die Dauer wird dieser Zustand unerträglich.

## Ausdehnung der Metallarbeiter-Ausperrung auf Mittelbaden

Der Mittelbadische Metallindustriellen-Verband hat dem Deutschen Metallarbeiter-Verband, Verwaltungssitz Karlsruhe, mitgeteilt, daß heute Donnerstag für die Metallarbeiter Mittelbadens die Kündigung erfolgen wird. Die Kündigungsfrist läuft am 2. Juni ab, sodas von diesem Zeitpunkt an die Aussperrung beginnt.

Damit sehen die Metallindustriellen ihre kürzlich ausgesprochene Drohung nun in die Wirklichkeit um. Betroffen werden von der Aussperrung in Mittelbaden etwa 15 000 Metallarbeiter. In der bürgerlichen Presse erlassen die Industriellen Mittelbadens durch ihren Verband eine Bekanntmachung, in der die Sachlage im Sinne der Unternehmer behandelt wird. Man sucht die Sache so darzustellen, daß die Arbeiter nur aus notwendigen Gründen die 48-Stundenwoche mit freiem Samstag nachmittags nicht anerkennen wollen, verschweigt aber, daß man damit so langsam den Achtstundentag unterminieren will. Und da werden die Unternehmer auf Granit setzen. Die Arbeiter lassen sich unter keinen Umständen den Achtstundentag nehmen. Der Eiseninn dürfte möglicherweise bei den Unternehmern, wie bei den

Arbeitern zu suchen sein. Haben doch die Metallindustriellen Badens den Vergleichsvorschlag des Reichsarbeitsministeriums, der die 47-stündige Arbeitswoche vorsieht, abgelehnt. Daraus ist am deutlichsten zu erkennen, daß es sich für die Unternehmer nicht um die Verhängung, sondern um eine Nachprobe handelt.

Nicht jeden Arbeiters muß es sein, den Metallarbeitern volle Sympathie und weitgehendste Unterstützung zuteil werden zu lassen, dann wird der Sieg auf Seiten der Arbeitnehmer sein. Wie in Biettrickberg und Bayern werden auch die Metallarbeiter Mittelbadens für ihre gerechte Sache kämpfen und an der Ausdauer und dem Kampfesmut ihrer schon seit Monaten ausgesperrten Kollegen ein Beispiel nehmen.

Wie die Blätter zu dem Konflikt in der süddeutschen Metallindustrie melden, werden die Kündigungen in allen Betrieben in Frankfurt a. M., Offenbach, Darmstadt, Saanau, Oberursel und Bad Homburg durchgeführt. Die Verhandlungen in München zwischen den süddeutschen Metallindustriellenverbänden und den Gewerkschaften haben zu einer Einigung nicht geführt, weshalb die Aussperrung von Montag ab in Kraft treten wird.

Doch hoffen und glauben wir hier an eine Wendung. Sonst müßten Kollisionen kommen, was weder im Interesse des Volkes noch der Hochschulen liegt. Eines ist jedoch sicher und das mögen sich die Herren der Hochschule merken: Die Sache würde nicht das Volk tragen, sondern die heutige Art und Organisationsform der Hochschulen samt ihren bezogenen Würdeträgern.

Gewissermaßen hinter all den positiven Beratungsgegenständen stand als lauernder Geist der auch deutsch-nationalerweiterte Machtanspruch des Zentrums auf stärkere Verfrächtung des Schulwesens. Dem Religionsunterricht in der Fortbildungsschule folgt die Forderung auf Religionsunterricht in den Fachschulen nach. Nebenliche Ansprüche auf andere Schulgattungen laufen parallel. Vor allem jedoch wird zentrumsseitig mit aller Geschäftlichkeit, die von jeder dieser diplomatisch dirigierten Partei auszeichnet, die badische Simultanschule in einer Weise benagt, die nichts anderes als die Vorbereitung zu einem Kreuzfeuer sein kann, dem der Sturmangriff folgt. Der im Landtag noch nicht behandelte, vom Zentrum eingereichte Antrag, „Der Landtag wolle beschließen, daß die Regierung im Reichsrat dafür eintrete, daß die Bekennerschule im Reichsschulgesetz nicht hinter die Simultanschule oder weltliche Schule zurückgesetzt werde.“ ist ein sprechender Beweis für die Gelüste im Zentrumslager. Langsam sucht das Zentrum, gestützt auf seine gegenwärtige Macht durch drei Vorstöße den Untergrund der badischen Simultanschule zu unterminieren. Trotz dem allseits gewünschten Schulfrieden, den zu halten die Sozialdemokratie ehrlich gewillt ist! Denn wir sind der Auffassung, daß das badische Volk heute andere Dinge zu tun hat, als sich um kultureller Klumpen halber völlig zu zerfleischen. Um unseres Volkes, um den Gedanken der Toleranz willen, wünschen wir daher, daß das badische Zentrum Einsicht in die Erfordernisse der deutschen Gegenwart habe. Will jedoch das Zentrum mit Gewalt einen Kampf um die Verfrächtung der Schule führen, so mag es seinen Willen haben. Wir sind bereit! Und auch das badische Volk, dem die stärkere Konfessionsalisierung und Verfrächtung des Schulwesens zulebends mehr Unbehagen bereitet, ist auf dem Damm. Wer dann die Rechnung dieses von uns ungenen getriebenen Kampfes zahlen muß, dies wird die Geschichte lehren.

### Dämmert es?

Durch Schäden soll man klug werden. Welche Kreise des deutschen Volkes, nahezu die gesamte Bevölkerung aller Klassen und Schichten, die nicht selbst landwirtschaftliche Produkte erzeugen, hat in den letzten Wochen und Monaten sehr schmerzhaft an eigenen Leiden erfahren müssen, wie unklug sie getan hatten, als sie sich von den Agrariern ins Schlepptau nehmen ließen und mit einstimmen in den Ruf: „Fort mit der Zwangswirtschaft!“ Die Sozialdemokratie hat ihre warnende Stimme zur Genüge erhoben und die Folgen der freien Wirtschaft auf dem Lebensmittelmarkt ausgemalt. Das hat zwar nichts gemindert, selbst viele Frauen des arbeitenden Volkes, das soll gar nicht geleugnet werden, hatten sich bestören lassen und in Lobeshymnen auf die freie Wirtschaft, die alles in Gülle und Fülle hervorzaubere, eingestimmt.

Die Voraussetzungen der Sozialdemokratie sind nicht nur im vollen Umfange eingetroffen. Nein, die Katastrophe auf dem Lebensmittelmarkt, besonders in Getreide, Kartoffeln und in jüngster Zeit ganz besonders schlimm in Zucker, Eier und Milchprodukten, übertrifft die dunkelsten Befürchtungen, die man hegen konnte; das wird auch selbst von rechtsstehenden Politikern, soweit ihnen die Wahrheit noch etwas gilt, und die nicht reine Verfechter agrarischer und industrieller Interessen sind, da und dort, im Parlament und in der Presse, zugegeben.

Wie weit in die rechtsgerichteten bürgerlichen Schichten sich die Hausfrauen überraschend schnell durch Schaden klug geworden. Die rechten Agrarier und ihre Presse halten die Folgen der völlig freien Wirtschaft auf dem Lebensmittelmarkt mit seinem Wucherpreisen oder keineswegs ab, in schärfster Tonart gegen die vom Reichsernährungsministerium auch fürs kommende Wirtschaftsjahr geplante Getreideumlage Sturm zu rennen. Die Enttäuschung der sich nach noch größeren Wucherpreisen sehnen Agrarier kannte keine Grenzen, als unlängst 11 000 obdenburgische und ostpreussische Kleinbauern nach einem Vortrage

des obdenburgischen Ministerpräsidenten Langen, eines bekann- ten demokratischen Vorkämpfers für die Beibehaltung des Umlageverfahrens, einstimmig einen Beschluß für die Beibehaltung der Getreideumlage und deren Ausdehnung auf Kartoffeln für die gesamte deutsche Landwirtschaft faßten. Diese Sabotierung des unbefruchteten Wuchers ließ den Reichslandbund nicht ruhen. „Ein gültiges Gesetz sollte es“, so schreibt die rein agrarische Deutsche Tageszeitung, „daß der Vorsitzende des Reichslandbundes, Herr Hilger, in Ostpreußen einer Kleinbauernversammlung beimohnen konnte, wobei er in passenden und treffenden Ausführungen auseinandersetzt, weshalb die deutsche Landwirtschaft in dem Kampfe gegen das Umlagever- fahren vollständig einig wäre.“

So völlig einig aber diese Einigkeit doch nicht zu sein, wenn man einer Meldung des Dr. Heim nachsehen möchte. Rün- dener Tagblatt glauben können darf, so sehr sie auch auf den ersten Augenblick übersehen mag. Denn darnach scheint man in Bayern, dem überwiegenen Agrarstaat, es doch etwas mit der Angst zu bekommen über die Freigabe der Getreide- bewirtschaftung. Im Gegensatz zu den preussischen Agrariern scheint sich die hinter Dr. Heim stehende bayerische Bauern- schaft mit der Beibehaltung der Getreideumlage, wie sie der Reichsernährungsminister, bekanntlich ein Vayer, beabsichtigt, zu befreunden. Denn tatsächlich macht das Münchener Or- gan Vorschläge für die Durchführung der Getreideumlage im kommenden Wirtschaftsjahr. Hoffen wir, daß die Erkenntnis, die den bayerischen Bauern dämmert, möglichst rasch sich auch in Baden und über das ganze Reich ausbreitet, wodurch der Reichstag umso leichtere Arbeit hat bei der Erledigung der von der Sozialdemokratie eingebrachten Anträge für die Bewirtschaftung des Lebensmittelmarktes.

### Deutscher Reichstag

Berlin, 17. Mai.

Bei der 2. Lesung des Haushalts des Reichsarbeitsminis- teriums bemerkt:

Reichsarbeitsminister Dr. Brüning: Wenn man die Vielge- schäftigkeit des Arbeitsministeriums kritisiert, darf man nicht ver- gessen, daß unsere Revolution nicht nur eine politische Umwäl- zung, sondern vor allem eine soziale Umwälzung war. Die Ge- setzgebung aber kann der Entwicklung nur schrittweise folgen, und so müssen wir unausgesetzt gesetzgeberische Maßnahmen für Alters-, Invaliden- und Unfallversicherung treffen, denen stets wieder neue Forderungen des Reichstages folgen. Keine ein- zige Partei bleibt mit ihren Forderungen hinter der anderen zurück. (Gelächter.) Man sagt dies, daß in der Vielheit der Gesetze sich die einheitliche Linie vermissen läßt, aber alle diese Gesetze befähigen die Reichsstellung des Arbeiters zur Wirtschaft und befähigen sich den arbeitenden Menschen als solchen zu erhalten. Alle Probleme kann man freilich nicht mit einem Schläge durch Tausende von Gesetzgebern lösen. Dazu kommt der Einwand schwerfälligen Ganges unserer Gesetzgebung. Aus- gearbeitet wird zur Zeit ein Entwurf der landwirtschaftlichen Unfallversicherung. Von besonderer Bedeutung aber sind die sozialen Gesetze im Interesse der Volksgesundheit und die Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten und der Trunksucht. Die Regelung der Arbeitszeit im Herbst ist noch nicht als erledigt zu betrachten. Der Reform des Fürsorgegesetzes stimmt die Re- gierung zu. Die Kaiser Wilhelm-Akademie, die militärärztliche Bildungsanstalt ist von der Regierung übernommen worden und wird als gewerkschaftliche Anstalt erhalten bleiben. Die soziale Gesetzgebung ist ebenso unentbehrlich für den wirtschaftlichen Aufbau wie für den inneren Frieden. Deshalb werden wir un- sere Weg weiter gehen.

Frau Abg. Schröder (Soz.) erhebt in dem Betriebsräte- gesetz den Antrag für eine freiere Stellung des Arbeiters. Aber von Gesetzen allein dürfen die Arbeiter ihr Ziel nicht erwarten. Erst durch die Befreiung der Arbeitszeit ist dem Arbeiter das Familienleben gesichert worden und die Arbeitsfreudigkeit ge- liehen. Deshalb müssen wir uns mit allen Kräften gegen die Unterminierung des Achtstundentages wehren. Trotz aller Schwierigkeiten muß ein einheitliches Arbeiterrecht kommen. Ebenso ist ein Arbeitsnachweisgesetz Vorbedingung für eine Ge- staltung des Wirtschaftslebens. Die Rednerin protestiert da- gegen, daß im Ausschuss des Reichswirtschaftsrates des Haus- angehörten eine 15stündige Arbeitszeit zugemutet wurde, und meint, daß sich auch für die Heimarbeiter viel besseres lasse. Jedenfalls werde durch die Zuziehung von Frauen zur Gewerbe- ausübung mancher Lebensstand befestigt.

Auf Vorschlag des Präsidenten Löbe wird die erste Beratung des Gesetzes über die Arbeitszeit in den Steinkohlenbergwerken mit dem Haushalt verbunden.

Abg. Behrens (D.-Nl.): Allezio zeigt sich Organisations- mäßig. Es herrscht bei uns zu viel Klassen- und Klassen- ziele. Die Klassen müssen sich überwinden und uns menschlich nähern. Wenn nicht ein Abbau der Pflanzleistungen bei den Strei- kenlassen erfolgt, muß es zu ihrem Zusammenbruch kommen. Der Redner fordert Erweiterung des Schmarbeitergesetzes, Aus- dehnung des Arbeitsgerichtsrechts und seine eventuelle Anglei- cherung an die ordentlichen Gerichte. Der Reichslandbund kann in den Bezugsverträgen und anderen geschäftlich gefälschten Ver- trägen getarnt werden, sonst aber muß die acht Stunden durch auch tatsächliche Arbeit geleistet werden, und wenn man schon von der Landwirtschaft verlangt, daß sie länger arbeitet, damit das Volk nicht Hunger leidet, sollten auch andere Berufs- stände diese Pflicht erfüllen.

Abg. Karsten (U.S.P.) polemisiert gegen den Minister, dessen Maßnahmen der Einseitigkeit anheimfallen und geeignet seien, die Arbeiterklasse auseinander zu treiben und verschiedene Arbeits- zeiten einzuführen. Man habe den Eindruck, als ob es sich hier nicht um ein Arbeitsministerium, sondern um ein Arbeitsüber- ministerium handle. Auch bei den sozialen Versicherungen ständen Leistungen und Beiträge nicht im richtigen Verhältnis. Die mehr als zweifelhafte Ausführung des Redners greifen in der Forderung, das Tempo der Ausgestaltung der Sozial- politik in der Weise zu beschleunigen, daß der unentbehrliche Rat der Arbeiterklasse tatsächlich abgehört werde. Auf die große Reform der Arbeitsversicherungsordnung könnten die Arbeiter nicht warten.

Abg. André (Dr.) spricht im Gegensatz zum Vorredner dem Minister seine volle Anerkennung aus und dankt ihm namentlich dafür, daß seine Geschäftlichkeit bei dem Kampfe zwischen West- und Ostpreußen nur für einen Augenblick benutzt habe. Der Redner fordert Ausdehnung der Unfallversicherung auf die Be- rufskrankheiten und ersucht die Betriebsräte, weniger Politik zu treiben und sich mehr der praktischen Erfüllung ihrer Pflichten zu widmen, namentlich wenn es sich um Schutzmaßnah- men handle. Hinsichtlich der Arbeitszeit lägen bei den einzel- nen Berufsgruppen zu verschiedenen Arbeitsbedingungen vor, daß man sie nicht einheitlich in ein Achtstundentagschema hinein- zwingen könne. Wenn jetzt aber die Metallarbeiter statt der gesetzlichen 48 Stunden wöchentlich nur 40 Stunden arbeiten wollten, und außerdem noch zwei weitere freie Tage heraus- drücken wollten, so sei das kein Kampf um die Erhaltung des Achtstundentages, wie die Vorkämpfer behaupten, sondern ledig- lich eine Machtprobe. Nur der Geist eines christlichen Solida- rismus, wie ihn das Zentrum vertritt, nicht der Internationalismus, werde uns wirtschaftlich wieder gefunden lassen. (Beif.)

Abg. Dr. Wolbenhaar (D.Np.) ist für zielbewusste Sozial- politik, meint aber, daß auch die soziale Fürsorge über die Grenze an der finanziellen Lage des Reiches habe. Das Problem der Arbeitslosenversicherung sei schwieriger zu lösen, als das der Invalidenversicherung, weil jeder Anlaß für die Berechnung der Leistungen fehle.

Abg. Erkelenz (Dem.) stellt dem Minister Dank für seine bisherige Arbeit. Er lehnt den Koalitionszwang ab, da dieser auch für die Arbeitgeber gelten würde, und gibt der Freude darüber Ausdruck, daß alle sozialpolitischen Maßnahmen im Gegensatz zu früher einmütige Annahme im Reichstag finden. Nebenfalls müsse der Gedanke der Entlastung der Sozial- politik bei allen Reformen erwogen werden, da im Volkstempo mehr Selbstverwaltung Platz greifen müsse. Auch er sei für die grundsätzliche Aufrechterhaltung des Achtstundentages. Die rein schematische Bestimmung aber, daß niemand länger ar- beiten dürfe, halte er nicht für zweckmäßig.

Abg. Schwarzer (D.Np.) meint, daß, wenn die Sozialpolitik auch augenblicklich sowohl bei Arbeitnehmern wie bei Arbeitge- bern in schlechtem Maße stehe, man doch kein Ende mit ihr machen dürfe; aber auch die Leistungsfähigkeit der Arbeitnehmer könne eines Tages am Ende sein.

Abg. Vary (Komm.) hält eine zweistündige Rede mit einer großen Zahl bekannter und neuer Forderungen. Die Sozial- reformen müßten wenigstens das Existenzminimum umfassen. Die Arbeitslosenunterstützung bedürfe der Erhöhung. Der Re- dner ergeht sich in Angriffen auf die Schlichtungsordnung, die den Arbeitern des Streikrechts nehmen wolle, ein Druck der Wer- kerschaft und ein Raub des Achtstundentages sei. Um ihre sozialen Leistungen seien in ihrer gegenwärtigen Form viel zu niedrig. Für die Arbeiterklasse gebe es demgegenüber nur eine Forderung: Erst die Erfüllung der sozialen Pflichten, dann die Erfüllung der Reparationen. Wenn die Regierung sich dazu nicht auf- lassen könne, müsse die Arbeiterkraft auf der Erhöhung des Sachwertes bestehen.

Damit schließt die allgemeine Ansprache. Das Minister- gehalt wird genehmigt.

Morgen vormittag 11 Uhr: Spezialberatung des Haushalts des Reichsarbeitsministeriums. Kleine Vorträge usw. Schluß gegen 7 Uhr.

**PUTZT-EURE ÖFEN NUR MIT ENAMELINE**

### Die Isländfischer

Von Pierre Loti  
(Fortsetzung.)

Der Kreuzer hatte jetzt gestoppt und war auf weitem An- freis von der See der Inseln umgeben. Von jedem ihrer Schiffe ward eine Ruchschale von Boot herabgelassen, die lang- bährige Männer in ziemlich wildem Anzug an Bord brachten. Fast wie Kinder hatten sie alle um etwas zu bitten: um Ver- bandzeug für kleine Wunden, Nahrung, Nahrungsmittel, Briefe. Andere waren von ihren Kapitänen geschickt, um sich wegen meuterischen Betragens in Eisen legen zu lassen, was ihnen ganz selbstverständlich schien, da sie alle bei der Marine gedient hat- ten. Und wie ihrer vier oder fünf mit der Krone am Fuß auf dem schmalen Hinterdeck lagen, und der alte Steuermann, der sie gefesselt hatte, sagte: „Nehmt euch doch quer, Rechts, damit man vorbei kann.“ Da kamen sie es geboriam und lächelten dazu.

Diesmal gab es diese Briefe für die Isländer! Zwei da- von waren für die „Marie“, Kapitän Guzman, bestimmt, der eine an Hann Goos, der andere an Schwelger Mann. Dieser war über Dänemark nach Neisholm gelangt, von wo ihn der Kreuzer zur weiteren Belagerung mitgenommen hatte.

Die Wagemeister langte tief in den Briefack aus Sogel- nach und verteilte die Briefe; er hatte zuweisen Mühe, die Adres- sen zu entziffern, die oft von sehr ungelübter Hand geschrieben waren.

„Vorwärts, Vettel!“ sagte der hinstretende Kapitän, „eilt euch! das Barometer sinkt.“ War es doch keine Kleinigkeit für ein Seemannshetz, diese Menge von Ruchschalen schnell um- schlagender Witterung ausgelegt zu wissen!

Hann und Schwelger pflegten ihre Briefe gemeinschaftlich zu lesen, und diesmal geschah es beim laien Schein der Mitter- nachtsonne. Dazu saßen sie in einem Winkel der Schiffbrücke, jeder mit einem Arm die Schulter des Kameraden umschlungen, als wollten sie die Nachrichten aus der Heimat rasch gründlich auskosten. Schwelger fand in Hanns Brief Nachricht über Marie Goos, sein Bräutchen, während Hann in des fremden Brief die höchsten Geschichten mit genot, welche die Großmutter zum Begnügen des abwesenden Enkels hatte schreiben lassen. Und

die Schlußworte des Briefes gollten ihm: „Meinen Gruß an den jungen Goos.“

„Eine schöne Schrift, nicht wahr?“ sagte Schwelger schüchtern und tippte mit dem Finger auf die letzten Zeilen, um Hann die Gond schäßen zu machen, die sie geschrieben.

„In diese Hand angeheftet, das kochte Hann sehr wohl: anstatt zu antworten, suchte er aber nur mit den Schultern und stand auf, als wollte er damit sagen, es langweile ihn, daß Schwelger ihm immer wieder mit dieser Gaud käme. Langsam und vorsichtig faltete Schwelger seinen Liebes verachteten Brief zu- sammen, steckte ihn wieder in den Umschlag und barg ihn unter seiner gewebten Jacke, dicht an seinem Herzen.

„Sie werden sich nie heiraten“, dachte er traurig. „Was kann nur der Hann gegen sie haben?“

Auf der Schiffsglocke des Kreuzers schlug es Mitternacht, aber noch immer saßen die beiden da, dachten an ihre fernem Angehörigen, an das Heimatland, und tausend Dinge zogen wie im Traum an ihnen vorbei.

Da lag die ewige Sonne langsam am Himmel wieder auf, es war also Morgen.

#### Zweiter Teil

1.

Diese isländische Sonne hatte sich an Farbe und Aussehen verändert, und eröffnete den neuen Tag mit einem unheimlichen Morgen. Sie war gänzlich von ihrem Schleier befreit und zeigte gelbe Strahlen, die sich wie Lanzen über den Himmel legten und schimmern Wetter vorbeigeleiteten. Es war in den letzten Tagen auch gar zu schön gewesen, als daß es nicht ein Ende nehmen müßte.

Der Wind blies in die diesen Schiffe hinein, als fühlte er das Bedürfnis, sie zu streuen und das Meer von ihnen zu be- freien; sie segelten aus schon so eilig fort, wie ein Heer, das sich auf ungewohnten Pfaden befindet und um der Drohung zu entziehen, die in der Luft geschrieben stand und über deren Bedeutung kein Zweifel war! Es blies immer stärker und durch- schauerliche Wellen und Nebelzüge. Die noch kleinen Wellen liefen einander nach und laßen sich zu Gruppen zusammen- lagern wie marmorierter mit weißem Schaum, der auf ihrer Höhe erst grauweiß niederfiel und dann als Gischt aufspritzte; man hätte glauben mögen, daß er darunter brennte und kochte, und das Kläuschen und Rischen nahm von Minute zu Minute zu.

In Fischfang dachte jetzt niemand mehr, nur an Rettung der Schiffe. Die Angelgeräte waren längst weggeräumt. Die alle becken sich fort zu kommen, die einen gedachten in die westlichen Fjorden Schutz zu suchen, andere verjagten nach im Südpol von Island zu umschiffen, und zogen es vor, sich der hohen See anzuvertrauen, wo sie freien Raum hatten, sich vom Wind treiben zu lassen.

Noch waren sie für einander in Sicht, und da und dort tauchte hinter fernem Wellenberg ein Segel auf — ein arms- seliges, keines, neßes Ding zwar, das sich aber brav aufrecht hielt, wie die Schiffe, welche sich Kinder aus Niederemal ma- chen und die immer wieder aufstehen, wenn man sie umschiffen. Die Wellenmasse, die sich in Inselform vor den Wellenbergen Horizont gelagert, löste sich nun von oben her in Wellen auf, die am Himmel dahinslogen, und deren Vorrat schier un- erschöpflich schien; der Wind zog sie bald in die Länge, bald in die Breite, um sie endlich zu großen düsteren Flächen von weiter Ausdehnung zu gestalten; der Himmel zeigte jetzt ein helles Gelb von kaltem Ton, das sehr durchsichtig war.

Der Wind blies immer stärker, und wie er droben die Wol- len jagte, so brachte er am Wasser immer größeren Auftrieb hervor.

Der Kreuzer war nach Island zu gefahren und die Fischer- boote auf dem wilden Meer allein gelassen, das immer bedroh- licher ward und eine schreckliche Färbung zeigte. Auf den Schiffen beulte man sich, alles für den Sturm in Bereitschaft zu setzen; die Entfernung zwischen ihnen ward immer größer und schrecklicher, bald verloren sie einander ganz aus dem Gesicht. Die gefür- teten Wellen folgten eine der anderen in unermüdlicher Einlei- tigkeit, häuften sich auf, türmten sich übereinander und zwängen ihnen bildeten sich gewaltige Tiefen.

Welch unheimliche Veränderung können wenigen Stun- den! Wo gestern lautele Stille herrschte, da tolle jetzt der Sturm. Wogt dieser Aufruhr der Elemente, die sich zu blühend Bestürzung rüsten?

Vom Westen her kamen schwere Wellenmassen, die sich auf- einander türmten und den Himmel verdüsterten. Derissen die Wellen, so sandte die Sonne Strahlengarden hinab, und das jetzt grüne Wasser war vom Schaum gezeilt, wie ein weißer Nebel.

{Fortsetzung folgt.}

Im Haushaltsauschuss des Reichstages wurde der Gesetzentwurf betreffend die Kürzung der Ruhegehälter und Parteigelder sowie der Nebenbezüge bei Versorgungsberechtigten, die ein Einkommen aus gewinnbringender Beschäftigung außerhalb des Berufs oder Staatsdienstes beziehen, behandelt. Genosse Koch weist als Berichterstatter darauf hin, daß die Vorarbeiten dieses Gesetzes dazu ansetzen, in wieweit die Rechte der Ruhegehälter, die aber andererseits bei der ungewöhnlichen Kostengröße der Pensionen es nicht zu verheißt, daß pensionierte Beamte außer ihrer Pension oder ihrem Parteigeld manchmal noch ein riesiges Privatvermögen besitzen. Auch die Abg. Brüninghaus (D.Vp.) und Dalkow (D.Nat.) machten in dieser Richtung ihre Bedenken geltend. Brüninghaus sah eine Ungerechtigkeit darin, daß nach dem Fortfall des Gesetzentwurfs nur dem die Pension gekürzt werde, der durch seine Arbeit verdiente, während ein anderer die Einkünfte aus einem großen Privatvermögen neben der vollen Pension beziehen könne. Staatssekretär Schröder führte aus, das Ruhegehalt solle die Versorgung der Beamten sicherstellen, die nicht mehr arbeiten können. Wenn der Beamte noch dienstfähig sei, dann habe er inwieweit seinen Anspruch auf volle Pension. Mit dem Privatvermögen eines Beamten habe weder sein Gehalt noch seine Pension etwas zu tun. — Abg. Wölsch erklärte sich mit dem Gesetzentwurf einverstanden, wünschte aber, daß es in wieweit dem Sinn entspräche werde.

### Badische Politik

#### Rechtsauskunftsstellen und Betriebsrätefrage

Im Voranschlag des Arbeitsministeriums, für welchen Dr. G. Lohner (Dem.) Berichterstatter ist, sind als Staatsbeiträge zu gemeinnützigen Rechtsauskunftsstellen 60.000 M. eingeplant, als Beihilfen zur Abhaltung von Betriebsrätekursen 80.000 M. Am Dienstag nachmittag stellte nun die sozialdem. Landtagsfraktion im Haushaltsauschuss Anträge dahingehend, daß die Summe für die Rechtsauskunftsstellen erhöht wird auf 200.000 M., auf den gleichen Betrag die Beihilfen für die Betriebsrätefrage und bezweckte sie des längeren. Begründete, daß sich daran eine Debatte knüpfte, zumal im ersten Antrag auch verlangt wurde, wie im Sommer 1920 im Landtag beschlossene Bestimmungen aufzuheben, wonach nur die am 1. Januar 1915 bereits bestehenden Betriebsauskunftsstellen Zulassung von den 60.000 M. erhalten sollten. Früher waren im Voranschlag dafür nur 30.000 M. eingeplant; davon erhielten die freien Gewerkschaften für ihre Auskunftsstellen 19.000 M., die christlichen 10.000 M. und die kirchlichen 10.000 M. Da ein deutschnationaler Vertreter die Begründung aus sprach, daß die Auskunftsstellen inwieweit unrichtig gegeben werden, bezweckten die sozialdem. Vertreter die Arbeitersekretariate und ihre Auskunftserteilung. (Bevorzugt vor 1 1/2 Jahren fand im Landtag fast die gleiche Debatte statt.) Die Bevölkerung und der Staat würden durch diese unangenehme Auskunftserteilung außerordentlich profitieren. Es würde nicht nur an gewerkschaftlich organisierte Arbeiter Auskunft gegeben. Ein Landtagsmitglied wünscht Erklärungen, in denen auch die Sozialdem. vertreten würden. Der Antrag wurde, nachdem sich auch die anderen Parteien zum Ausdruck geäußert hatten, mit 12 Stimmen bei 3 Stimmenthaltungen angenommen.

Bei der Debatte über die Betriebsrätefrage war es wieder ein deutschnationaler Vertreter, der behauptete eine längere Aussprache entbehrlich, daß er in zwar sehr geneigt, aber sachlich entscheidender Form Kritik an den Betriebsräten übte, bei deren Wahl oft die Parteigebundenheit des Arbeitnehmers, nicht aber die Eignung zum Betriebsrat die Hauptrolle spiele. Nachdem erwidert unsere Genossen darauf und besprachen eingehend die Stellung der Betriebsräte; auch der Arbeitsminister Dr. Gaster griff wiederholt in die Aussprache ein. Der Berichterstatter bemängelte, daß nur an Arbeitnehmer, nicht auch an Arbeitgeber Zuschüsse zu Betriebsrätekursen gegeben werden seien, worauf ihm sozialdemokratischerseits erwidert wurde, daß diese keine Veranlassung nähmen, etwa von sich aus Betriebsrätefrage abzuhelfen. Verständlich zeigte ein Zentrumvertreter, der die Kurze für nichtig und notwendig hielt. Der sozialdem. Antrag, der für die Einstellung von weiteren 120.000 M. im Nachtrag plaidierte, wurde schließlich mit allen gegen die Stimmen der zwei deutschnationalen Vertreter angenommen.

Unbestimmte angenommen wurden die weiteren Positionen des Voranschlags: Ausbildung von Sozialbeamten und Wohlfahrtsbegleiterinnen 50.000 M. (ein gemeinsamer Antrag aller Parteien verlangte dafür 140.000 M.), Beihilfen für die Kleinstrentnerfrage 2.500.000 M., allgemeine Fürsorge und Wohlfahrtsfrage 15.000 M., Beihilfen zum Aufwand für die Gewerkschaftenfrage 12 Mill. M. Hier wurde, so bemerke man von soeben, Seite, eventuell höher gegangen werden müssen. Endlich sind noch für den Verein für ländliche Wohlfahrt, und Heimatpflege 3000 M. in den Voranschlag eingeplant.

#### Besuch der Münchener Gewerkschaft

Im Haushaltsauschuss des Landtages besprach der Berichterstatter für den Titel: Wissenschaften und Künste des Unterrichtsministeriums, Abg. Marum, die Notwendigkeit des Besuchs der Münchener Gewerkschaft durch befähigte Schüler und Studierende der in nächster Zukunft genannten Schulen, da die der Besuch badischer Handwerker und Stellen vorgeschrieben ist. Auf seinen Antrag nahm der Haushaltsauschuss folgenden Antrag einstimmig an:

Die Regierung wird ersucht, den befähigten Schülern der Landesmittelschule, Kunstgewerkschule, des Staatstechnikums und eventuell der Technischen Hochschule den Besuch der Münchener Gewerkschaft, eventuell ähnlicher bedeutender Ausstellungen unter Führung ihrer Lehrer zu ermöglichen, und hierzu einen Betrag von 100.000 M. zu verwenden, wofür im 1. Nachtrag zum Staatsvoranschlag einzuplanen ist.

Neuregelung des badischen Verbindungswesens. Das badische Finanzministerium hatte dieser Tage Vertreter des Badischen Gemeinverbundes, der Gewerkschaften, des Handels und des Handwerks in den großen Sitzungssaal des Landtages zu einer Besprechung über die Neuregelung des badischen Verbindungswesens geladen. In der Debatte wurde hervorgehoben, daß die Regelung des Verbindungswesens speziell für das Handwerk und die Arbeiterchaft von allergrößter Bedeutung sei. Bei öffentlicher Verbindung oder freiwiliger Verbindung sollen nur solche Gewerbe zugelassen werden, die den §§ 129 und 139 der Gewerbeordnung entsprechen. Die vergebende Behörde soll vorher einen Sachverständigenauschuss hören, der den Mindestpreis der Arbeit feststellt. Arbeiten in eigener Regie, sollten, da sie zu teuer seien, abgelehnt werden.

Die politische Beobachtung für eingeführtes Rindvieh. Da die Maul- und Klauenseuche in letzter Zeit wiederholt durch Baden eingeführt worden ist, wieweit die Beobachtung für eingeführtes Rindvieh wiederum auf sieben Tage verlängert werden. Bei den zur Einfuhr gelangenden Einkülfleischweinen besteht es bis auf weiteres bei der bisherigen Beobachtungsdauer von 5 Tagen.

Aus der Zentrumspartei. Der diesjährige Landesparteitag des Zentrums findet Anfang September in Willingen statt. Das Zentralkomitee tritt vorher in Donaueschingen zusammen.

Der Urlaub der Beamten. Das Arbeitsministerium hat verfügt, daß der Urlaub der badischen Beamten für 1922 in der gleichen Weise wie beim Reich zu regeln sei, und daß die Gewährung von Urlaub soweit tunlich ohne Stellvertretung, die

einen Kostenaufwand verursacht, erfolgen solle. Für die planmäßigen Beamten gilt als Urlaubsjahr das Rechnungsjahr (1. April bis 31. März). Ein in den Vorjahren nicht benötigter Urlaub kann nicht nachgeholt werden.

Eine Nichtstellung. Zu dem Bericht aus dem Haushaltsauschuss vom Dienstag wird uns geschrieben: In der Nr. 133 Ihres Blattes ist unter „Bad. Politik“ z. Staatsvoranschlag, Absatz Kunstballe“ der Stundenlohn der Aufsichtspersonen (Salaarleiter) mit 12 M. angegeben. Dies ist nicht richtig, denn die 12 M. werden nicht für eine Stunde, sondern für den Tag für eine vollständige Dienstzeit — und dies auch nur an 5 bzw. 3 Beschäftigten in der Küche — bezahlt, und zwar nicht nur in der Kunstballe, sondern auch im Landesmuseum und im Sammlungsgebäude. Hiernach beträgt der Stundenlohn nur 3 M., der bei der gegenwärtigen Feuerung und Geldentwertung dringend der Aufbesserung bedarf.

### Landestheater und Haushaltsauschuss

Von dem bis Oktober 1921 entstandenen Defizit des Landestheaters im Betrage von 4.633.000 M. hat die Stadt Karlsruhe nach der mit ihr getroffenen Vereinbarung vom 1. Sept. 1919 die Summe von 2.316.500 M. zu zahlen, den Rest der Staat. Deshalb beschloß sich der Haushaltsauschuss am Dienstag vormittag in einer öffentlichen Sitzung mit dieser schwierigen Finanzangelegenheit. Die Beratungen vollzogen sich diesmal ruhiger, wie in früheren Jahren, weil allgemein die Ansicht herrschte, das Defizit muß im Interesse der Förderung von Kunst und Kultur getragen werden und der Vertrag ist für beide Teile bindend. So konnte denn auch zum Schluß der Debatte der Berichterstatter und Vorsitzende des Haushaltsauschusses, der Abg. Marum (Soz.), konstatieren, daß die Position Landestheater mit 12 Stimmen gegen die Stimme eines Zentrumvertreters und 5 Stimmenthaltungen genehmigt worden ist.

Zugleich lagen dem Haushaltsauschuss einige Anträge und Eingaben vor, die der Theater in Mannheim, Heidelberg, Freiburg und Konstanz, die ebenfalls außerordentlich unter der Finanznot leiden, entsprechende Beträge zu bewilligen und in den Etat einzustellen. Auch hierüber debattierte man des längeren und nahm schließlich einen Antrag der deutschen Volkspartei mit allen gegen 8 Stimmen an, die Regierung um Prüfung zu ersuchen, ob nicht in einem Nachtrag entsprechende Beträge für die größeren Theater unseres Landes eingestellt werden können, damit durch sie die Verbreitung der Kunst auf dem Lande und auch in kleineren Städten, in denen kein Theater vorhanden ist, gefördert, sowie gute Konzerte, Vorträge usw. gegeben werden können. Die zu diesem Punkte gestellten Anträge waren damit erledigt, die Petitionen werden der Regierung als Material überwiesen.

Der Gang der Debatte war folgender: Der Berichterstatter Marum bemerkte einleitend, daß die finanzielle Lage des Landestheaters im Hinblick auf die Theater anderer Städte nicht einmal ungünstig sei. Das Landestheater sei eine moralische Anstalt, kein Geschäftsbetrieb, es habe hohe kulturelle Aufgaben zu erfüllen. Deshalb seien 30 Vorstellungen in Pforzheim, 30 in anderen Städten, wie Rastatt, Käfert, Offenburg, insgesamt 90 außerhalb von Karlsruhe noch gegeben worden. An diesen habe man sogar eine Wanderkassette geschaffen, die sich gut bewährt habe. In Pforzheim müßten für Theater, wie das von Breslau usw. noch viel höhere Aufwendungen gemacht werden. Der Vertrag mit der Stadt Karlsruhe sei bis zum Jahr 1925 abgeschlossen; es bestehe also die Verpflichtung für den Staat, die Hälfte des Defizits zu decken.

Es äußerten sich dann alle Parteien zu der Angelegenheit. Ein Zentrumvertreter plaidierte für die Einsetzung einer Kommission, die nochmals nachprüfen solle, ob nicht weitere Ersparungen zu machen seien; er selbst enthalte sich der Abstimmung über das Defizit der Summe. Seine Anregung fand aber keine Beachtung. Es befand sich bereits ein Verwaltungsrat, bestehend aus 5 Mitgliedern des Landtags und des Finanzministeriums und 5 Vertretern der Stadt Karlsruhe, die nunmehr genaue alle Angaben prüfe. In den Gehältern des Künstlerpersonals wolle man aber nicht rütteln; es müßte das Notwendige zum Leben haben. Ein anderer Zentrumvertreter stimmte zu; eine Erhöhung der Preise könne nicht mehr vorgenommen werden.

Ein Vertreter der Demokratie und der Deutschen Volkspartei stimmten zu. Wir seien durch die Beträge gebunden. Der Vertreter der Deutschen Volkspartei plaidierte für den oben genannten Antrag seiner Partei und tritt ebenfalls für die Bewilligung ein. Eigentümlich nahm sich das Verhalten des Landtags aus. Ein Mitglied erklärte, der Vertrag müsse beachtet werden. Seine Fraktion bestimme sich die Abstimmung vor. Dagegen hatten die Abg. Gerke, Pfäfers, Weiffenbach, Dagnin und Schramm bereits am 2. März folgenden Antrag eingebracht: Der Landtag wolle beschließen, die im Staatsvoranschlag 1922/23 für das Landestheater Karlsruhe vorgesehenen Mittel zu streichen und die dadurch freiwerdenden Summen der minderbemittelten jählichen Bevölkerung zuzuführen.

Sozialdemokratische Vertreter kritisierten die Anwesenheit dieses Verhältnisses und fügten hinzu, daß das Land viele Naturgenüsse habe, die die Städte entdecken müßten. Die letzten Bühnen des Theater nicht entbehren, es würden sonst minderwertige Theaterunternehmungen aufstehen. Die Verbreitung von Kunst und Kultur durch die Theater sei unbestritten. Seit Jahrzehnten habe die Sozialdemokratie sich für die geistige Hebung des Volkes eingesetzt. Die Theaterinstitute müßten jetzt längerer Zeit wieder erhalten werden. Die Gewerkschaften hätten sich in den Volkshäusern organisiert und stellten in den Großstädten eine hohe Zahl der Theaterbesucher. Das beweise, daß die Arbeiterchaft großen Wert auf den Fortbestand der Theater lege. Auch der Vertreter der unabhängigen sozialdem. Partei erklärte sich trotz mancher Bedenken für die Bewilligung.

Die Regierung teilt zunächst mit, daß eine Verminderung des Künstlerpersonals von 339 auf 288, also um 51, eingebracht sei; eine weitere Verminderung ist nicht möglich. Auch in Bezug auf die Instandhaltung einzelner Städte und den Aufwand für Dekorationen und Reparaturen im weitesten Maße gemacht worden. Die neuen Gehaltsverordnungen für die Beamten und Angestellten nimmt das Reich auf sich. Eine große Notwendigkeit der Theaterbesucher wie sie jetzt geübt wird, ist nicht notwendig. — Damit waren die wichtigsten Aufschüsse gemacht. Der Ausschuss schloß dann die eingangs erwähnten Beschlüsse.

Etwas lebhafter wurde es, als die Anträge auf Gewährung von Zuschüssen für andere Theater debattiert wurden. Die Vertreter aus diesen Städten, auch die sozialdem. Mitglieder, legten sich energisch für diese Anträge und Einbehalten Zeug und setzten in Aussicht, daß eventuell einzelne Theater fähigsten müßten. Was Karlsruhe recht ist, ist in Mannheim, Heidelberg, Freiburg, Konstanz usw. billig. An freiwiligen Gehältern für das Theater sieht in diesen Städten auch nichts mehr. Sie hätten zudem auch Aufgaben im Hinblick auf die Nähe der deutschen Grenzen.

Die Regierung sagt dazu, es sei durchaus richtig, daß diese Theater große nationale Aufgaben hätten; sie könnten da viel Gutes leisten. Deswegen wäre zu erwägen, ob man nicht für diese Theater etwas tun könnte. Der Deutschvolksparteiliche Antrag gab hierzu vielleicht eine Möglichkeit.

Einige eingereichte Eventualanträge werden abgelehnt. Die Bestimmungen ergaben das obige Resultat.

#### Die Abgrenzung

Für sie trat der Berichterstatter und ein sozialdemokratischer Vertreter war ein. Es bekommen manche von ihnen trotz einer Tätigkeit von mehreren Jahrzehnten am Karlsruher Theater pro Monat oft nur wenige Hundert Mark; sie führten ein jämmerliches Dasein, es müßte geholfen werden. Die Theaterregulierung zu erhöhen.

Die Regierung erklärt, sie sei an die bestehenden Gesetze gebunden, wolle aber erwidern, ob man nicht in Nachtrag etwas tun könne. Der Ausschuss ist einstimmig der Meinung, daß hier geholfen werden muß und stimmt den Vorschlägen zu.

### Kleine badische Chronik

\* Pforzheim, 16. Mai. Aus französischer Gefangenschaft kehrte dieser Tage der ehemalige Unteroffizier Christoph Dohli aus Hof Dide bei Stammheim zurück. Er war im April 1918 zu 5 Jahren Gefängnis verurteilt worden, weil er sich auf der verbotenen Seite eines Diebstahls schuldig gemacht haben soll. Er hatte nämlich beim Ausladen von Zucker von dem Zuckerlehrer einige Pfund zu sich gesteckt. Der Juristgenosse erklärte, daß in Abignon noch 26 deutsche Gefangene seien, darunter ein Badener aus Karlsruhe. Dieser habe einmal einen Fluchtversuch gemacht, der mißglückt sei. Als Strafe habe er 2 Jahre Gefangenschaft erhalten. Der Karlsruher kam noch mit acht anderen zur Arbeit in eine Mühle. Dort nahmen die Gefangenen einmal einen kleinen Kasten Mehl weg, um sich am Reichsfeindliche Spähle zu bereiten. Die Mehlentwendung wurde erwidert und der Karlsruher zu 10 Jahren weiterer Gefängnisstrafe verurteilt.

\* Mannheim, 17. Mai. Die nach der Methode des Regierungsrats Dr. Hofmann berechneten Indizes für den Monat April 1922 sind veröffentlicht. Sie weisen eine Steigerung gegenüber Mitte April von 13,1 Prozent auf.

\* Pforzheim (Amt Heberlingen), 17. Mai. Großes Schenkenfeuer. Gestern nacht brach am Eggenweiler Hofe Feuer aus, das denselben vollkommen einäscherte. Das Vieh konnte gerettet werden, dagegen verbrannten 200 Zentner Getreide. Das Unglück ist umso auffälliger, als vor 2 1/2 Jahren der Hof daselbst Schindler hatte. Damals lag Brandstiftung vor. Auch diesmal wird eine solche vermutet. Der Schaden beträgt etwa 2 Millionen.

\* Aus dem Wiesental. Unfall. Der 19jährige Knabe Wiedmann aus Schopfheim hatte sich beim Aufsteigen eine Fußverletzung zugezogen, die man dabei aber nicht beachtete. Nach einigen Tagen trat Autoergiftung und letzte Nacht Wundstarrkrampf ein, dem der sonst kräftige Knabe erliegen mußte.

\* Baumblüte. Die Obstbäume stehen in der herrlichsten Blütenpracht. Die Kirchenglocken ertönen in glockigen Tönen, während sich ein reicher Ertrag in Aussicht stellt. Leider werden schon jetzt fabelhafte Preise für die kommenden Äpfel genannt. Auswärtige Händler bieten hohe Preise. Gegen ein solches Vorgehen muß mit allen Mitteln Front gemacht werden.

\* Marktschicht. Der Freiburger Schweinemarkt vom 13. Mai war besetzt mit 682 Schweinen, wovon etwa verkauft wurden: 278 Läufer zu 900—1400 M. das Paar, vier besondere schwere Läufer zu 2800 M. und 400 Ferkel zu 550—850 M. Der Handel war lebhaft bei etwas anziehenden Preisen. — Auf dem Mühlheimer Schweinemarkt vom 12. Mai waren aufgeführt 101 Milchschweine und 13 Läufer Schweine. Verkauft wurden Milchschweine zu 500—700 M. und Läufer zu 1000 bis 2500 M. Der Handel war recht lebhaft, der Markt wurde geräumt. — Der Markt am Bodensee vom 11. Mai war besetzt mit 15 Läufern und 486 Ferkeln. Läufer kosteten 2000 bis 4000 M. pro Paar, Ferkel 900—1800 M. pro Paar. Ferner waren aufgeführt 117 Stück Großvieh. Kühe kosteten 20—30 000 M., Rinder 7—15 000 M. und Kälber 1800—2000 M.

\* Aus dem fahrenden Zug schätzte. Donnerstag nachmittag ist aus dem Rejonengung Heidelberg—Medesheim bei der Ausfahrt aus dem Tunnel beim Hotel Karrer ein 13jähriger Schüler, als er von der Plattform aus von einem Mißvertrauten eine Blume abreißen wollte, herabgestürzt. Er wurde in den Laufgraben geschleudert. Glücklicherweise kam er mit einigen Hautabschürfungen und mit dem Arsch davon.

\* Die Zahl der Ärzte in Baden. Nach den Zusammenstellungen des badischen statistischen Landesamts hat sich die Zahl der Ärzte in Baden in der Zeit von 1873 bis 1921 erheblich vermehrt. Während die Gesamtzahl der approbierten Ärzte und Zahnärzte im Jahre 1873 noch 1453 betragen hatte, belief sie sich im Jahre 1920 auf 1821. Unter diesen 1821 Ärzten befinden sich 67 nicht praktizierende Ärzte (gegenüber 79 im Jahre 1913). 301 nur in Anstalten beschäftigte Ärzte (243), 11 Militärärzte (53) und 213 Zahnärzte (153).

### Theater, Kunst und Wissenschaft

#### Gesangsabend des Karlsruher Sängerkreis

Dem am Sonntag stattgehabten ersten Gesangsabend des Karlsruher Sängerkreis, der in eigener Angelegenheit folgende Tische vorstellte: Wer dem Bezirksangereit der Arbeiterkammer hatte die verantwortliche Leitung der Vertreter der hiesigen Presse Blöße in genügender Anzahl mit Schreibgelegenheit vorbehalten. Bei dem Feste der bürgerlichen Vereine konnten die Pressevertreter weder vorbehalten Blöße noch Schreibgelegenheit finden, trotz eifriger Suchens und Bemühens. Ueber den Verlauf läßt sich sagen, daß die beiden Konzerte in durchaus hohem Maße verstanden. Das Amt und die Vertreter Kapelle ganz vorzüglich und die Aufführung der beiden Kantaten eine ruhige und reibungslos. Wir können hier gleich hinzufügen, daß uns der halbe oder wenn man will ganze Schmarren „Mein Lieben“ von Hermann Taub im Waffendor besser gefiel. Warum wählte man kein Volkslied? Diese Frage kann uns beim Anhören der selbstgewählten Vortragstücke des Hieren in den Sinn. Minderwertige Werte war in genügender Menge vorhanden und wie sonstige Gedächtnisse schimmernden sentimentalen Wagnisse, zwischen harmonisch gepfefferten, so unangenehm wie möglich geschriebenen „Kunst“ hören mit instrumentalen Effekten, — auch die letztlich bereits radebe „Ablösung“ von Hermann Taub fällt halb und halb hier herein —, zwischen tonmalischeren Affektstücken, kurz zwischen Stücken, die keine reine Freude winten, inmitten all dieser gefühls- und seelenlosen Klänge, von denen einige so undankbar waren, daß wir über den betreffenden Dirigenten nur den Kopf schütteln konnten, lag ein einziges richtiges, gelungenes Volkslied eingebettet: „Ich hab' ein Wästelchen“, und damit stellt sich der Gesangsverein „Freundschaft“ Karlsruhe, dessen 53 Sänger Max Thiede gewisshaft führt, in die vordere Reihe der Gesangsvereine, die an diesem Tage zu hören waren. Mögen die anderen mit höchst ermunterlicher Internationalität und Mianzierungsgeist prüfen, die „Freundschaft“ hat das eigentliche Ziel: Seelische Vertiefung, sinnlicher Wohlklang, Deutlichkeit und Korrektheit der Aussprache. Von den Landvereinen fiel uns das frische unverdorbene Material des „Liederkreis“-Vorgangs auf und sein tüchtiger Dirigent G. G. G. Ueber Leistungen kleiner großer Vereine braucht nicht eingegangen werden. Sie sind zur Genüge bekannt. Ansprachen hielten der Vorsitzende des Games, Herr Metzger, und der Obmann des Sängerbundes, Dr. Krieger.

M. H.





Baden-Baden

# Rheinische Credithank

Filiale Baden-Baden.  
Telephon: 1180 - 1190 - 1580 - 1581 - 1582 - 1584 - 1585.

Süddeutsche Diskonto-Gesellschaft A.-G.

Filiale Baden-Baden  
Luisenstraße 3 (gegenüber der Trinkhalle).

Bankhaus Carl T. Hermann & Co.  
Solfenstraße 6. Telephon 101 u. 704.

**Karl J. Kessel** Baden-Baden  
Solfenstr. 22, Tel. 609.  
Kaufm. Sachverständiger u. Treuhänder  
Vermögens- und Nachlassverwaltungen. - Immobilien und Hypothekvermittlung. - Ankaufte. - Versicherungen.

**Detektiv Rulo Baden-Baden**  
Ludwig Wilhelmstrasse 22 - Welt-Ankunfte  
Ermittlungen jeder Art  
Reell 343 Telefon 343 Diskret

**SPEZIAL-HUT-GESCHAFT**  
KARL BEHRLE  
LANGESTR. 14 TELEPH. 892

**Färberei u. Chemische Waschanstalt**  
Friedrich Thomas (Gegründet 1872).  
Solfenstrasse 21, Baden-Baden.  
Beurenstrasse 16, Tel. 708, Baden-Lichtenthal.

Hotels, Restaurants, Café u. Vergnügen

**Hotel „Europäischer Hof“**

**„Kurhaus - Restaurant“**  
Weingroßhandlung.  
Zweiggeschäft:  
Städtisches Merkur-Restaurant.

**Brenners Stephanie-Hotel**

**Hotel Russischer Hof**  
Haus I. Ranges  
das ganze Jahr geöffnet

Im Quellenhof (Erdgeschoss):  
**ALTE BADISCHE WEINSTUBE**  
„Im süßen Löffel“  
Spezialität: Bad. Landweine vom Faß  
Bekannt durch Küche und Keller

**HOTEL ATLANTIC**  
an der Lichtenthaler Allee  
Fließende Wasser - Bäder - Appartements

**REGINA-HOTEL**  
P. KEPPELER  
VORNEHMSTES FAMILIEN-HOTEL

**HOLLAND-HOTEL**  
das erstklassige Familien-Hotel  
Geöffnet vom 1. März bis 1. Dezember.

**HOTEL DREI KÖNIGE**  
Südlage. Nähe des Kurhauses und der Kur-Anlagen. Neuzettlich eingerichtet. Centralheizung. Das ganze Jahr geöffnet.  
L. August Hoffmann.

**Hotel Schwarzwaldhof**  
Wein- und Bier-Restaurant. Gut bürgerl. Haus  
In nächster Nähe der Bade-Anstalten  
Telephon Nr. 9 A. Waldele.

**Hotel und Badhaus „Zähringer Hof“**  
Vornehmes, behagl. Familienhotel, Thermalbäder - Grosser Park -

**Peter's Badhotel „Zum Hirsch“**  
das ganze Jahr geöffnet. Eigene Thermal-Bade-Anstalt. Pensionspreis

**Hotel Schweizerhof**, rechts am Bahnhof  
Gut bürgerl. Haus. Centralheizung, elektr. Licht  
Das ganze Jahr geöffnet. Tel. 511. Bes: Max Hoffmann

**Hotel Markgräfler Hof** Besitzer  
Nr. 172 J. Seidelbach  
gegenüber dem Bahnhof  
Gutbürgerl. Haus, II. Qualitätsweine, gute Küche

**Trocadero-Künstler-Spiele** Baden-Baden  
**Kinema-Palast** Gernsbacherstraße

## Gelächliche Rundschau u. Zeitungs-Dauer-Fahrplan C.

Musterschutz

### Möbelhaus Kaiserhof

Baden-Baden, Solfenstrasse 22  
Billigste Bezugsquelle in Wohnungs-Einrichtungen, Teppichen, Möbelstoffen, Gardinen.

### Partiewarenhaus Jos. Götzl

Herren- und Damenbekleidung, Wäsche, Stiefel zu bekannt billigen Preisen.

Ankunft in Richtung:

Pforzheim	Hofberg-Bruchsal	Mannheim-Schweitzing	Rastatt-Etlingen	Kastatt-Durnersh.	Pfalz-Maxau	Eppingen
Vorm. Nachm.	Vorm. Nachm.	Vorm. Nachm.	Vorm. Nachm.	Vorm. Nachm.	Vorm. Nachm.	Vorm. Nachm.
6 <sup>24</sup> 12 <sup>12</sup>	12 <sup>48</sup> 2 <sup>48</sup>	6 <sup>24</sup> 12 <sup>12</sup>	12 <sup>48</sup> 2 <sup>48</sup>	6 <sup>24</sup> 12 <sup>12</sup>	12 <sup>48</sup> 2 <sup>48</sup>	6 <sup>24</sup> 12 <sup>12</sup>
7 <sup>24</sup> 2 <sup>28</sup>	6 <sup>24</sup> D <sup>28</sup>	7 <sup>24</sup> D <sup>28</sup>	6 <sup>24</sup> D <sup>28</sup>	7 <sup>24</sup> D <sup>28</sup>	6 <sup>24</sup> D <sup>28</sup>	7 <sup>24</sup> D <sup>28</sup>
9 <sup>12</sup> D <sup>28</sup>	7 <sup>24</sup> W <sup>54</sup>	9 <sup>12</sup> S <sup>24</sup>	7 <sup>24</sup> W <sup>54</sup>	9 <sup>12</sup> S <sup>24</sup>	7 <sup>24</sup> W <sup>54</sup>	9 <sup>12</sup> S <sup>24</sup>
D <sup>11</sup> 1 <sup>12</sup>	5 <sup>36</sup> D <sup>74</sup>	5 <sup>36</sup> D <sup>74</sup>	5 <sup>36</sup> D <sup>74</sup>	5 <sup>36</sup> D <sup>74</sup>	5 <sup>36</sup> D <sup>74</sup>	5 <sup>36</sup> D <sup>74</sup>
W <sup>62</sup> W <sup>74</sup>	W <sup>36</sup> D <sup>62</sup>	W <sup>36</sup> D <sup>62</sup>	W <sup>36</sup> D <sup>62</sup>	W <sup>36</sup> D <sup>62</sup>	W <sup>36</sup> D <sup>62</sup>	W <sup>36</sup> D <sup>62</sup>
W <sup>74</sup> 8 <sup>24</sup>	9 <sup>12</sup> S <sup>24</sup>	9 <sup>12</sup> S <sup>24</sup>	9 <sup>12</sup> S <sup>24</sup>	9 <sup>12</sup> S <sup>24</sup>	9 <sup>12</sup> S <sup>24</sup>	9 <sup>12</sup> S <sup>24</sup>
8 <sup>24</sup> D <sup>9</sup>	D <sup>9</sup> 11 <sup>12</sup>	D <sup>9</sup> 11 <sup>12</sup>	D <sup>9</sup> 11 <sup>12</sup>	D <sup>9</sup> 11 <sup>12</sup>	D <sup>9</sup> 11 <sup>12</sup>	D <sup>9</sup> 11 <sup>12</sup>
11 <sup>12</sup> L <sup>11</sup>	11 <sup>12</sup> D <sup>11</sup>	11 <sup>12</sup> D <sup>11</sup>	11 <sup>12</sup> D <sup>11</sup>	11 <sup>12</sup> D <sup>11</sup>	11 <sup>12</sup> D <sup>11</sup>	11 <sup>12</sup> D <sup>11</sup>

W: Wochentags. Sa: Samstags. S: Sonntags. W\*: Wochentags ausgenommen Samstags. D: D-Zug. L: Luxuszug.

**Rheinholdt-Haus** Baden-Baden  
Inh.: Erich Batschari  
Aeltestes und größtes Spezialhaus Badens für  
Cigarren Cigaretten Rauchtabelle  
Man verlange Preisliste!  
Für Wiederverkäufer günstigste Sonderpreise!

**Karl Zürscher**  
Küferstrasse 7.  
Größtes Partiewarengeschäft,  
billigste Bezugsquelle für Herren-  
und Damen-Kleider, Schawaren  
u. Schuhe.  
**E. Rosbusch**  
Büttenstrasse 7.

**Eduard Amend**  
Telef. 1082 B.-Baden Langestr. 8  
Herren- u. Knaben-Konfektion, Herren-Artikel

**Geschwister Knopf**  
Größtes Kaufhaus am Platze

**Jos. Meermann**  
Gernsbacherstr. 13 u. 15 Tel. 770  
Weiß-, Woll- und Modewaren.

**C. F. KOPF**  
Langstraße 8 - Telephon 266  
Spezialhaus f. Gardinen  
Anfertigung nach Angabe.

**Ludwig Finzer**  
Lichtenthalerstrasse 3  
Wäschehaus für Damen und Herren.  
Eigene Werkstätten Aussteuern.

**Albert Fromherz**  
Manufaktur- und Modewaren  
Konfektion.

**Fridolin Weißhaupt** Lange-  
str. 29  
Herrenkonfektion u. Maßarbeit.

**Modehaus Gebr. Schmidt**  
Damenkonfektion, Kleiderstoffe, Seidentoffe

**Carl Beck, Wilhelmstraße 4**  
Manufaktur- und Modewaren  
Aussteuer-Artikel Herren-Anzugstoffe  
Telephon **E. JACOBY** Solfen-  
str. 12  
Erstes Haus für Damen-Moden.

**Kleiderstoffe, Seidentoffe, Damenkonfektion**  
**E. Lorentz, Lichtenthalerstraße 25**

**Joh. Schnürle, Langstraße 50**  
Schuhwaren Mass und Reparaturen.

**Schuhhaus Karl Groß**  
Baden-Baden, Weststadt  
empfiehlt sein reichhalt. Lager zu billigen Preisen

**Genuß- und Lebensmittel, Zigarren**

**Kaufhaus Jos. Huck**  
12 Langstraße 12  
Billigste und beste Bezugsquelle für alle  
Artikel des täglichen Bedarfs.

**Telephon Adolf Kaufmann** Inse-  
str. 4  
**Fisch-, Wild- und Geflügelhandlung.**  
**Leo Kah, Metzgerei u. Wursterei**  
Langstraße 29 Telephon 10.

**Amelunxen, Langestr. 31**  
Spezialgeschäft feiner  
Fleisch- u. Wurstwaren

**A. Walter**  
Landesprodukten-  
Großhandlung.

**Joseph Sucher**  
41 Langestr. 41  
Telephon 904  
Kolonial-  
Delikatesswaren.

**Friedrich Werzinger**  
Maria-Viktoria-Strasse 25  
An- und Verkauf von  
Automobilen u. Reparaturen

**PIANOS**  
Mittige Preise  
**Hermann**  
Langestr. 58 Tel. 373

**Stella-Lagermetall**  
In 6 Qualitäten  
Vorlangen Sie gratis Prospekt.  
**Stella A.-G., Oos.**

**Brennmaterial sparen**  
Kachelöfen, Kachelherde  
von Carl Roth Nachf. (E. Löw) Oos.

**Wahlmann & Ebert**  
Baden-Geroldsau  
Dampfsägewerk und Holzhandlung.  
vormals  
**Gustav Weber** Otto Dieterle & Cie.  
Baden-Lichtental  
Baugeschäft, Sägewerk, Holzholz., Innen-Dekoration

### Kaufhaus Emil Nachmann

Gernsbach (Baden)

Billigste Bezugsquelle für  
**Manufaktur, Weißwaren,**

**Herren- und Damenkonfektion**

**Möbel, sowie Ausfeuerartikel**

**Rud. Heilenmann, Solfenstr. 3a**  
gegenüber der Reichspost am Leopoldplatz.

**Spezial-Haus feiner Herren-Moden.**

**Josef Schneiderberger, Langestr. 20**  
Schuhwaren. Eigene Werkstätte.

**Sägewerke Baden-Baden**  
G. m. b. H.

**Baden-Baden-Geroldsau**  
- Telephon 268.

**Ettlingen**

### A. Streit Manufaktur

Modewaren

**Joh. Seiter, Ettlingen**  
Hut-, Mützen-, Schirm- und Sport-Artikel.  
Hut- und Schirmreparaturen.

**Futterartikel, Kunst-**  
**dinger, Sämereien**  
Gross- und Klein-Verkauf.  
Anfertigung nach Maß.

**Ludwig Jaek, Kronen-**  
Pforzheimerstrasse 88.  
Metzgerei u. Wursterei

**Max Falk**  
Kolonialwaren  
Mehl u. Futtermittel

**Michel Ingold**  
Herren-Konfektion  
Anfertigung nach Maß.

**Robert Bräsch, Kronen-**  
strasse 7.  
Metzgerei u. Wursterei

**Zigarrenhaus P. Rees**  
5 Kirchenplatz 5  
Bestes u. ältestes Spezial-  
geschäft am Platze.

**Rentschler Söhne, Sägewerk**

**G. Schneider & Söhne**  
Ettlingen bei Karlsruhe  
Grosses Lager in Papieren und Kartons  
aller Art für sämtliche Verwendungszwecke.

**Kaufhaus Freund & Co., Carl Becker, Schuhwaren**  
Ettlingen. Reparaturen jeder Art.

**Hack & Blau**  
Eisenwaren-Fabrik Telefon 47.

**Loeser & Leonhardt**  
Diamantwerkzeugfabrik.

**Eisen- u. Metallgießerei**  
G. m. b. H., Ettlingen. Telephon 144.

Beste hand-  
habungssichere **Sprengstoffe**  
für alle Zwecke  
wie Ammonsalpeter-Sprengstoffe, Silvit-Pikrier,  
Sprengkörper, Sprengpulver, Sprengsalpeter,  
Sprengkapseln, Zündschnüre, elektr. Zünder,  
Zündapparate, Leitungsprüfer, Leitungsdraht etc.  
**Pulverfabrik Ettlingen (Baden)** Tel. Nr. 8.

**Durlach**

**Lederfabrik Durlach**  
Herrmann & Ettlinger G. m. b. H.  
Durlach bei Karlsruhe (Baden).

**Weingroßhandlung**  
Brannwein-Brennerei - Likör-Fabrik

**Eugen Scherer**  
Durlach (Baden).

**Melang & Steponat, Durlach**  
Fornsprecher Nr. 39 Hauptstrasse 48-50.  
Werkzeuge u. Beschläge  
Haus- und Küchengeräte.

**Gritzner: Durlach**  
Nähmaschinen - Fahrräder.

**Arnold Biber**  
Pforzheim - Durlach  
Fabrik zahnräderlicher Einrichtungen  
Eisen- und Metallgießerei.

**Benzwerke Gaggenau**



Benzwerke Gaggenau